Nr. 180 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,10 Zł. Dienstag, den 31. Oktober 1933

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Abonnament: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Zusammentritt des Sejms am 3. November?

Sejm und Senat zum 31. Oktober einberufen. Nur eintätige Beratung des Budgets? Vor wichtigen Erklärungen des Ministerpräsidenten.

Wie amtlich aus Warschau berichtet wird, hat am Sonnabend der Chef der Rechtsabteilung beim Ministerrat, den Marschällen von Sejm und Senat das Einberufsdekret des Staatspräsidenten beider ***gesetzgebenden Kammern zum 31. Oktober*** **überreicht.**

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, dass der Sejm zu seiner ersten Sitzung am 3. November zusammentreten wird. Wie weiter berichtet wird, wird bei der Einbringung des Staatshaushaltes der Finanzminister eine Rede halten, in welcher er die Gesamtlage des polnischen Staatshaushaltes darlegen wird. Bei dieser Gelegenheit soll auch der Ministerpräsident das Wort ergreifen, um die politische Situation zu schildern. Seitens des Sejmmarschalls besteht die Absicht, sofort in eine Generaldebatte eintreten zulassen und die Diskussion über das Budget noch am gleichen Tage abzuschliessen, um es den Kommisionsberatungen zu überweisen. Nach dieser Sitzung soll der Sejm erneut auf 30 Tage vertagt werden. Wie es heisst, sollen andere Punkte auf die Tagesordnung nicht zugelassen werden.

Genosse Heilmann im Konzentrationslager angeschossen

Genosse Heilmann, der Führer der sozialdemokratischen Preussenfraktion, ist dieser Tage aus dem Konzentrationslager Oranienburg nach dem Konzentrationslager Boergemoor, in der Nähe der holländischen Grenze, gebracht worden. In Oranienburg ist er mit dem Sohn des früheren Reichspräsidenten Ebert derartig misshandelt worden, dass eine Revolte auszubrechen drohte. Nunmehr wird aus Boergemoor berichtet, dass es bei der Ankunft Heilmanns zu Zwischenfällen kam, sodass Genosse Heilmann angeschossen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Sein Zustand ist höchst bedenklich.

Neuwahlen auch in Danzig!

Förster kündigt das Verschwinden aller anderen Parteien als der Nazis an.

Im Zug der Gleichschaltung der Freien Stadt Danzig an die Politik des Reichs, kündigt der Bevollmächtigte der Hittlerbewegung in Danzig, der deutsche Reichtagsabgeordnete Förster, der Leiter der Angestellten in der „Arbeitsfront“, in einer Versammlung in Gross-Zienger an, dass der Volkstag“ in nächster Zeit aufgelöst wird, um mit dem Parteiwirrwar ein Ende zu machen. Das Zentrum hat es nämlich in Danzig abgelehnt, sich gleichschalten zu lassen, die Deutschnationalen gingen bei den Nazis auf, und die Sozialdemokraten und Kommunisten und nicht zuletzt die Polen, lehnen jede Gemeinschaft mit den Nazis ab. Danzig hat im Augenblick keinen Völkerbundskommissar, der neugewählte Irländer Lester soll sein Amt erst am 15. Januar aufnehmen. Diese Gelegenheit wollen die Nazis Danzigs ausnutzen, um „Neuwahlen“ durchzuführen, die alle anderen Parteien, als die Nationalsozialisten „vernichten“ sollen. Es gilt, wie im Reich, einen grossen Volksbetrug zur Täuschung der Weltöffentlichkeit durchzuführen und damit auch Danzig ganz von Berlin aus beherrschen zu können. Es bleibt abzuwarten, wie Polen und der Völkerbund auf diese Ankündigung von Neuwahlen reagieren werden.

Vorboten?

Es wäre gewiss übertrieben, aus einigen Er-
folgen sozialistischer Wahlen, schon die Schluss-
folgerungen ziehen zu wollen, dass innerhalb der
Arbeiterklasse bereits jetzt schon wieder eine An-
griffswelle zu beobachten ist. Durch die kampflose
Uebergabe ihrer Machtposition in Deutschland und
durch das reservierte Verhalten unserer österrei-
chischen Genossen, ist noch immer der Eindruck
nicht erlöscht, als wenn jedes Land nun einmal
den Faschismus als etwas, was zwangsläufig kom-
men muss, abwartet. Die bürgerliche Presse ist je-
denfalls bemüht, diesen Eindruck zu erwecken, und
Wahlerfolge, wie sie in den letzten Wochen und Mo-
naten zu verzeichnen waren, als eine Teilerscheinung
der Abwehr hinzustellen, der man keine weitere Be-
deutung zuzuschreiben brauche, denn der Faschis-
mus wäre unabwendbar und der Sozialismus end-
gültig geschlagen und zum Absterben verurteilt.
Aber gerade diese Tatsache ist es, die innerhalb des
Weltproletariats zu einer Abwehr auffordert, die
Barbarei des Faschismus in Deutschland und die
dauernde Provokation der österreichischen Arbei-
terklasse mit rücksichtslosem Angriff zu beantwor-
ten und der Arbeiterschaft an Beispielen zu bewei-
sen, dass es in diesen Kämpfen um Sein oder Nicht-
sein der Arbeiterklasse geht. Gewiss soll man sich
darüber nicht täuschen, dass die Bourgeosie gerade
mit Rücksicht auf die Vorgänge in Deuschland und
Oesterreich, alles versucht, um den Sozialismus als
Bewegung zu überwinden.

Für das klassenbewusste Proletariat, das ge-
willt ist, alle Teilerscheinungen unseres politischen
und Wirtschaftslebens nach marxistischen Grund-
sätzen zu untersuchen, sind die erlittenen Niederla-
gen zwar schmerzlich, aber keineswegs so entmuti-
gend, wie sie die bürgerliche Presse hinstellt, um
alistischen Bewegung erfolgt. Dass sich die Arbei-
auszumalen, dass eine direkte Flucht aus der sozi-
terklasse dessen bewusst ist, was sie zu verlieren
hat, das haben die Kommunalwahlen in Zürich, jetzt
wieder die Storthing - Wahlen in Norwegen und
schliesslich die zwei englischen Nachwahlen be-
wiesen. Die Erfolge sind zweifellos auf den Druck
zurückzuführen, den jetzt die deutsche Arbeiter-
schaft unter der Hitlerbarbarei zu durchleben hat.
Gerade das Dritte Reich mit seinem Terror und Kon-
zentrationslagern gibt der gesamten Demokratie eine
Belebung und ruft auch linkseingestellte Kreise zu
einer Abwehr, wie sie glücklicherweise auf der
ganzen Linie nicht nur bei den Nachbarn Deutsch-
lands, sondern selbst bei Diktaturen hervorruft.
Man ist nicht gewillt, dem deutschen Mittelalter zu
folgen und sich in solche Barbarei zurücktreiben
zu lassen. Ohne Uebertreibung kann man sagen,
dass, wo immer sich Ideenverbindungen mit der
Hitlerei in sogenannten deutschen Landen und da-
rüber hinaus, zeigen, greifen die Regierungen durch,
um diesen nationalsozialistischen Sumpf vorzeitig
zu vernichten. Ja, sogar in Amerika, wo jetzt der
„Deutsche Tag“ verboten wurde, der eine national-
sozialistische Demonstration werden sollte, setzt man
sich zur Abwehr, wie eine Meldung beweist, dass
gegen diese faschistische Bestrebungen deutscher
Kreise ein besonderer Untersuchungsausschuss zu
seiner Bekämpfung eingesetzt worden ist. Die Welt
will nicht zurück zur mittelalterilchen Barbarei des
Dritten Reichs, aber dafür muss man sich klar sein,
dass sie ebensowenig die Arbeiterbewegung als
kommenden Faktor anerkennen will. Die nächsten
Versuche der Bourgeoisie gehen auf eine Umbildung
des Staatsgefüges hinaus, um eine Welt zu retten,
die nicht mehr aufrecht zu erhalten ist.

Die Arbeiterschaft muss sich gerade in dieser Zeit dessen bewusst sein, dass man Einzelerfolgen, die hier und da bei den Wahlen zu verzeichnen sind, nicht schon als eine Wandlung in der Arbeiterklasse betrachten darf. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, dass die faschistische Welle bereits im Abflauen begriffen ist, im Gegenteil, man wird unter anderen Formen wieder versuchen, damit die breiten Massen zu beglücken. Aber gerade diese Teilerfolge des sozialistischen Auftriebs müssen in die Massen gebracht werden, um so entschiedener dort, wo die Arbeiterklasse sich in der Reserve des Abwartens befindet. Wir dürfen nicht übersehen, dass Millionen von Proleten heute, infolge der Arbeitslosigkeit und der grenzenlosen Not, fast gar keine Verbindung mehr mit ihren kämpfenden Brüdern haben, und darum gilt es immer wieder, den sozialistischen Erfolg auszuschlachten, zu zeigen, dass dort, wo die Arbeiterschaft gewillt ist, in Abwehr zu treten, auch ihr ein Erfolg beschieden ist. In diesem Sinne sind die Nachwahlen in England, die Siege des sozialistischen Vormarsches in Zürich und Norwegen von Bedeutung. Es darf auch nicht vergessen werden, der staatskapitalistische Aufbau in Russland und die planwirtschaftlichen Versuche in Amerika. In diesem Zeichen können die sozialistischen Erfolge Vorboten des sozialistischen Endziels trotz alledem sein.

Generalstreik in Palästina

Araber gegen den Judenzustrom. — Blutige Abwehr. — Etwa 200 Tote und 450 Verletzte.

Der arabische Vollzugsausschuss in Palästina hat gegen die Steigerung des Zustroms jüdischer Flüchtlinge für Freitag einen Generalstreik ausgerufen, der einen grösseren Umfang anzunehmen droht. Aus allen Teilen des Landes strömen nach Jaffa und Jerusalem Araber zu, die eine drohende Haltung einnehmen. Es kam zwischen der englischen Besatzung und den Arabern zu blutigen Zwischenfällen, bei denen etwa 40 Araber getötet u. mehrere hundert verletzt wurden. Die englische Besatzung und Polizei befinden sich in höchster Alarmbereitschaft, Maschinengewehrkompagnien durchstreifen die Strassen, die Polizei ist mit Karabinern u. Stahlhelmem versehen. Die Geschäfte sind geschlossen, zahlreiche Panzerwagen passieren die Strassen, man befürchtet neue Unruhen. Die Araber sehen sich in dem immer neuen Zustrom jüdischer Emigranten in ihrer Existenz bedroht, es hat den Anschein, als wenn der Konflikt nicht beizulegen wäre. Zwischen dem Bevollmächtigten der englischen Regierung u. dem Vertreter des arabischen Vollzugsausschusses, sind Verhandlungen angeknüpft worden, von denen man erhofft, dass eine Einigung zustande kommt und der Generalstreik abgeblassen wird. Die arabische Bevölkerung weist eine bewunderswerte Disziplin auf, so dass die Befürchtung nahe liegt, dass der Generalstreik auf längere Sicht vorbereitet ist.

Nein!

Kommunistische Antwort für den 12. November

Auf illegalen Flugblättern in Berlin wird ein Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands verbreitet, in dem es unter anderem heisst:

„Das ZKPD. fordert alle werktätigen Antifaschisten, am Tage der Abstimmung zur unerschrockenen Demonstration gegen die Wahlfälscher und Volksfeinde auf. Die Antifaschisten Deutschlands stimmen mit einem unerschütterlichen „Nein‘ als Ausdruck ihrer Todfeindschaft gegen den Arbeitermörder Hitler, gegen seine Hunger- und Kriegspolitik“.

Staunings 60. Geburtstag

Ein Festtag für Dänemark

Ministerpräsident **Staunings sechzigster Geburtstag war ein Festtag für ganz Däne ark** ohne Unterschied der Partei. In Kopenhagen hatten fast alle Gebäude geflaggt. Im dänischen Ministerpräsidium sind weit mehr als tausend Telegramme aus allen Teilen Dänemarks sowie aus Schweden, Norwegen und andern Ländern eingelaufen. Stauning wurde nicht nur von seinen Parteigenossen, sondern auch von politischen Gegnern beglückwünscht.

Abends fand im grössten Saal Kopenhagens, im Sportpalast, eine Geburtstagsfeier der Arbeiterschaft für Stauning statt. Unterrichtsminister Bjorgberg hielt die Festrede. Ausser ihm beglückwünschte noch eine Reihe von Rednern Stauning im Namen der dänischen Arbeiterschaft.

Um 22 Uhr veranstaltete die sozialistische Arbeiterjugend einen Fackelzug zu Ehren Staunings. Viele tausende Fackelträger marschierten im Zuge und mehr als 75.000 Menschen schlossen sich der Kundgebung an. Ganz Kopenhagen stand im Zeichen der Kundgebung für den sozialistischen Ministerpräsidenten.

Frankreichs neues Kabinett

Regierungserklärung am 3. November

In letzter Stunde hat das Kabinett Sarraut noch eine Aenderung erfahren. Die endgültige Ministerliste umfasst folgende Namen: Ministerpräsident: Sarraut, Vicepremier und Justizminister: Daladier, Innenminister: Chautemps, Aussenminister: Paul Boncour, Kriegsminister: Daladier, Finanzminister: Georges Bonnet, Budgetminister: Gerday, Landwirtschaft: Queuille, Postminister: Mistler, Oeffentliche Arbeiten: Paganom, Arbeiten: Georges Frott, Unterricht: De Monzie, Kolonien: Pietri, Kolonien: Pierre Cot, Handelsschiffahrt: Stern, Pensionen: Duucos, Hygiene: Lisbonne.

Die Regierung ist ein Kabinett der Linken mit einer Erweiterung, zwecks Unterstützung beim Zentrum. Allgemein ist man der Ansicht, dass die Regierung Sarraut nur einen Uebergang zu Neuwahlen bedeutet und sein Schicksal schon bei der Programmrede am 3. November entschieden werden kann. Auch hier geben die Sozialisten die Entscheidung, in der Aussenpolitik dürfte Sarraut von den Linie Daladiers nicht abweichen, wofür der beste Beweis die Wiederkehr Paul Boncours ist, der aus der Regierung ausgeschifft werden sollte.

Die Neosozialisten wollen nicht hinaus

Der bürgerlichen Presse zufolge hätten die Neosozialisten, die für das Kabinett Daladier in der tragischen Sitzung gestimmt haben, bereits alle Vorbereitungen getroffen, um eine neue Partei zu bilden, die bereit ist, jede Linksregierung zu unterstützen. Aus der sozialistischen Fraktion der Kammermehrheit wird berichtet, dass der Disziplinbruch der Renaudel und Marquet in der Fraktion einer ausgedehnten Diskussion unterzogen wurde, wobei der Antrag auf Ausschluss der Neosozialisten eingebracht wurde. Mit Stimmenmehrheit ist der Ausschluss bis zur Einberufung des Nationalkonvents der französischen Sozialisten vertagt worden, während die Neosozialisten die feierliche Erklärung abgaben, bis dahin keinerlei Schritte zu unternehmen, die auf eine Spaltung der Partei hinzielen. Der Nationalrat der französisch-sozialistischen Partei tritt am 4. November in Paris zusammen, wo auch die kommende Wahltaktik festgelegt wird.

Besserung der Staatseinnahmen?

Die Monopoleinnahmen steigen. — Geringeres Defizit im September

Das Budgetdefizit betrug im September 21,9 Mill. Złoty, d. h. 3 Mill. Złoty weniger als im August. Die Einnahmen waren mit 155.1 Millionen um 10.2 Millionen Złoty höher als im Vormonat, die Ausgaben mit 177 Millionen um 7.1 Millionen Złoty höher. Die öffentlichen Abgaben (ordentliche u. ausserordentliche) erbrachten im Berichtsmonat 74.5 Millionen Złoty oder 4.3 Millionen Złoty mehr als im Vormonat. Direkte Steuern erbrachten 39,7 gegen 34,4 Millionen Złoty im August, indirekte 9,8 gegen 12.7 Millionen Złoty. Die Zolleinnahmen stiegen von 6,9 auf 8,1 Millionen Złoty, Einnahmen aus Stempelgebühren und verwandten Abgaben von 7.1 auf 7.7 Millionen Złoty. Die Vermögenssteuer erbrachte nur 0.173.6 Millionen gegen 0.785 Millionen Złoty im Vormonat. Dagegen erbrachte die ausserordentliche Vermögenssteuer im Berichtsmonat 3.9 Millionen Złoty gegen 3.3 Millionen Złoty im August, der 10-prozentige Steuerzuschlag 5 Millionen gegen 4.8 Millionen Złoty. Die Einnahmen aus Monopolen erhöhten sich gegenüber dem Vormonat von 56.9 auf 59 Millionen Złoty. Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes erreichte das staatliche Budgetdefizit im ersten Halbjahr, d. i. vom 1. April bis 1. Oktober 137.2 Millionen, das ist um 16.3 Millionen mehr als in der gleichen Vorjahresperiode.

Kotau vor Moskau

Die Reichsregierung entschuldigt sich im Kreml

Nach Meldungen einer Privatagentur langte bei der sowjetrussischen Regierung eine Entschuldigung der Reichsregierung für die Fälle ein, die sich bei der Verhaftung und Ausweisung der sowjetrussischen Journalisten, die dem Leipziger Prozess beigewohnt haben, ereigneten. Die deutsche Regierung versichert in Moskau, dass sich in Zukunft derartige Vorfälle nicht mehr ereignen werden.

Wann hat also die Reichsregierung gelogen? Beim Abfassen der Noten oder beim Ueberreichen der Entschuldigung? Heldenhaft ist die Hitlerregierung nicht, wenn es sich ums Ausland handelt. Ja, man merkts, Friedenssehnsucht treibt die Neurath und Goebbels, man lässt zwar kräftig gegen den Bolschewismus hetzen, aber noch lieber möchte man mit ihm wieder gute Geschäfte machen. Es geht doch nichts über die Doppelseitigkeit der Nationalsozialisten. In Deutschland hängt man sie, treibt sie massenweise in Konzentrationslager, in Moskau bettelt man um ihre Gunst, weil die Grossindustrie um die Aufträge revoltiert. Darüber schweigt die gleichgeschaltete Presse, wie ein Grab, wenn Helden der nationalen Revolution in Moskau ihre Kotaus machen!

Ein Dokument zum Reichstagsbrandprozess

Die Anklageschrift ins Ausland gelangt

„Impress“ erfährt aus Paris, dass es in diesen Tagen gelungen ist, die 250 Seiten umfassende, Anklageschrift zum Reichstagsbrandprozess aus Deutschland hinauszuschmuggeln. Unter Lebensgefahr sind diese 250 Seiten photographiert und unter noch grösseren Schwierigkeiten ins Ausland gebracht worden. Dieses Material wird dem internationalen Juristenausschuss zum Studium überwiesen, welches der Weltöffentlichkeit baldigst Auskunft über diese politische und kriminalistische Absurdität dieses Naziprodukts geben wird.

Die Nazis nicht allein

So ganz vertrauen die Nationalsozialisten auf die Hitlerführung nicht. Wie schon früher von uns berichtet, wird der „einzige Wahlvorschlag“ auf dringende Forderung vom Hindenburgkreis nicht allein von den Nazis um Hitler gestellt. Nunmehr sind die Wahlvorschläge eingebracht und siehe da, neben Hitler, Goering, Goebbels, Röhm sind hier auch Seldte, Papen, Neurath und Hugenberg vertreten. Die nationalsozialistische Revolution kommt also nicht darum herum, den „Verräter“ Hugenberg auf Geheiss Hindenburgs aufzunehmen. Der Mann mit der jüdischen Grossmuter ist, trotz aller Rassenreinheit, auch da.

Spionageprozess gegen einen englischen Journalisten

Wie aus London gemeldet wird, sind die Interventionen des englischen Botschafters in Berlin, wegen der Verhaftung des Korrespondenten des „Daily Express“ in München, ohne Erfolg geblieben. Dem Korrespondenten Panter soll ein Prozess wegen Spionage in Leipzig gemacht werden, weil er in seinem Blatte eine Reihe von unangenehmen Tatsachen über Deutschland veröffentlicht hat. In dem fraglichen Bericht des „Daily Express“ wird insbesondere auf die Rüstungen hingewiesen, die heute in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Sollte die deutsche Regierung dem englischen Journalisten den Prozess machen, so besteht die Absicht, alle deutschen Berichterstatter aus England auszuweisen. Aber Hitler - Deutschland ist nach den Angaben des Reichslügenministers Goebbels ein „Hort des Rechts und der Ordnung“! Wers glaubt?

Flucht aus der Hölle

Aus dem Konzentrationslager bei Osnabrück sind auf Grund der unmenschlichen Behandlung 17 Internierte, darunter einige höhere SPD.-Funktionäre sowie kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter entflohen. Die Nazis nahmen an den Zurückgebliebenen blutige Rache.

„Der Esel und sein Schatten“

Eine Revue, die in Berlin auf die Nerven fällt.

Die deutsche Gesandtschaft in Prag hat gegen die, im „Befreiten Theater“ aufgeführte, Revue **„Der Esel und sein Schatten“** Protest eingelegt, weil das Stück eine **scharfe Satire auf das Hitler-Regime bedeutet!** Die Revue ist eine dramatische Bearbeitung der bekannten Anekdote von Lukian. Der Protest der Beleidigten hat nichts genutzt, die Revue hat dafür einen Bombenerfolg und die eifrigsten Besucher sind die Nazis.

Zur Wahlniederlage der Londoner Regierung

Ergänzend ist zum neuen Wahlerfolg der englischen Arbeiterpartei noch nachzutragen: Die englische Regierung erlitt bei der Unterhausnachwahl in East Fulham eine entscheidende Niederlage. Der konservative Kandidat Waldron wurde von dem Sozialisten Wilmot mit 17790 Stimmen gegen 12950 Stimmen geschlagen. Bei den letzten Wahlen erhielten die Konservativen 23438, die Sozialisten 8917 und der liberale Kandidat 1788 Stimmen. Die Londoner Presse bespricht das Ergebnis der Wahl und stellt fest, dass die Regierung nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich habe.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

12

Ich ging gerade über den Gefängnishof, als ich ihn sah. Sein Haar war weiss geworden. Er war vor der Zeit gealtert. Seine Brust war hohl, seine Wangen waren eingefallen, seine Hände zitterten, und die Beine baumelten unter ihm. Und seine Augen wurden von Tränen verschleiert, als er mich erkannte, denn auch ich war ein trauriges Wrack dessen, was einst ein Mann gewesen. Ich wog nur siebenundachtzig Pfund, mein graues Haar war seit fünf Jahren nicht geschnitten — mein Bart auch nicht. Und ich taumelte auch beim Gehen, so dass der Wärter mich stützen musste, als er mich über den sonnigen Hof führte. Jack und ich starrten uns an, und wir erkannten uns, obwohl wir beide Wracks waren. Männer wie er besitzen selbst im Gefängnis gewisse Privilegien, so dass er das Reglement zu durchbrechen wagte und mich mit gebrochener, zitternder Stimme ansprach.

„Du bist ein braver Kerl, Standing“, kicherte er.

„Du hast nicht aus der Schule geschwatzt“.

„Ich hatte ja auch nichts zu erzählen“, flüsterte ich.

Laut sprechen konnte ich nicht, denn ich hatte in dem fünfjährigen Schweigen meine Stimme so gut wie verloren. „Ich glaube überhaupt nicht, dass es Dynamit gab.“

„Das ist recht“, kicherte er und nickte kindlich.

„Bleib nur dabei. Sag es ihnen nie. Du bist ein braver Kerl. Ich ziehe meinen Hut vor dir, Standing — du hast nicht aus der Schule geschwatzt.“

Die Wärter führten mich weiter, und es war das letzte Mal, dass ich Jack sah. Offenbar glaubte er jetzt selbst an das Dynamit.

Zweimal nahm die gesamte Verwaltung mich vor. Ich wurde abwechselnd mit Brutalität und mit Ueberredungsversuchen behandelt. Zwei Vorschläge machten sie mir. Wenn ich das Dynamit auslieferte, wollten sie mir eine nominelle Strafe von dreissig Tagen Einzelarrest geben und mich dann durch eine Anstellung in der Gefängnisbibliothek belohnen. Wenn ich in meiner Verstocktheit beharrte und das Dynamit nicht angab, wollten sie mich für den Rest meiner Strafzeit in eine finstere Einzelzelle sperren. Da ich Lebenslänglicher war, hiess das, mich auf Lebenszeit zu finsterer Einzelhaft zu verurteilen.

Nein, gewiss: Kalifornien ist ein zivilisiertes Land. Es gibt keine derartige Bestimmung in den Gesetzbüchern. Es ist eine grausame, unnütze Strafe, und kein modernes Land würde ein solches Gesetz erlassen. Aber doch bin ich der dritte in der Geschichte Kaliforniens, der zu Einzelhaft für Lebenszeit verurteilt wird. Die beiden andern waren Jake Oppenheimer und Ed Morrell. Von ihnen werde ich gelegentlich erzählen, denn jahrelang faulte ich in demselben Gefängniskeller wie sie.

Und noch eins. Wenn man mich binnen kurzem hängt — dann tut man es nicht deshalb, weil ich Professor Haskell erschlug. O nein, dafür erhielt ich lebenslängliches Zuchthaus. Nein, sie wollen mich hängen, weil ich eines Ueberfalls für schuldig befunden bin. Und es gibt keine Disziplinarbestimmungen im Gefängnis. Nein, es ist Gesetz — und der Paragraph ist im Strafgesetzbuch zu finden.

Ich glaube zwar, dass ich die Nase eines Mannes bluten machte. Ich sah nicht, dass sie blutete, aber die Anklage lautete so. Thurston hiess er. Er war Wärte in San Quentin. Er wog hundertundsiebzig Pfund und war in bester Form. Ich wog weniger als neunzig Pfund, war blind wie eine Fledermaus nach der langen Dunkelheit und hatte so lange hinter engen Wänden gesessen, dass der blosse Anblick eines freien Platzes mich schwindeln machte. Mein Fall war ein einwandfreies, gut entwickeltes Beispiel von Agoraphobie, was ich an dem Tag, als ich aus meiner Zelle entkam und Wärter Thurston auf die Nase schlug, entdecke. Er versperrte mir den Weg und versuchte, mich zu halten. Da schlug ich ihn auf die Nase — und dafür hängen sie mich. Es ist Gesetz in Kalifornien, dass ein Lebenslänglicher wie ich ein Verbrechen begeht, das mit dem Tode bestraft wird, wenn er einen Gefängnisbeamten schlägt. Sicher hat ihn seine blutige Nase nur eine halbe Stunde gestört — und doch — mich hängen sie dafür.

Obendrein ist dieses Gesetz, was mich betrifft, ex post facto. Als ich Professor Haskel tötete, war es nicht Gesetz. Es ging erst durch, nachdem ich mein Urteil erhalten hatte. Und das ist gerade der Witz: Meine Verurteilung hat mich unter dieses Gesetz gestellt, das damals noch nicht Gesetz war. Und in meiner Eigenschaft als Lebenslänglicher soll ich nun wegen des Ueberfalls auf Wärter Thurston gehängt werden. Das ist ganz offensichtlich ex post facto und steht deshalb im Widerspruch mit der Verfassung.

(Fortsetzung folgt.)

Jugend im Sturm!

Wir sind Augenzeugen eines tiefgreifenden Wandlungsprozesses innerhalb der bürgerlichen Jugend, der aber auch bereits die arbeitenden Schichten erfasst hat. Sprechen wir zunächst einmal von der deutschen Jugend, die jetzt die polnische Presse so eifrig beschäftigt, und leider zum Teil auch die Gerichte. Im polnischen Lager ist man mit dieser Bewegung schnell fertig, indem man hier und da auf Gerichtsurteile hinweist, die eine Provokation bedeuten und versucht im übrigen, den angeblichen Zulauf der Jugend zur deutschen Bewegung auf hemmungslose Agitation zurückzuführen. Man will auch diese Erscheinungen im polnischen Lager nichts als Bestrebungen sehen, die gegen die polnische Staatlichkeit gerichtet ist, und man kann ihr dieses Pflästerchen leicht aufkleben, indem man auf gewisse Lieder und Grüsse hinweist, die dann Gegenstand weiterer, gegenseitiger Verhetzung werden. Was im polnischen Lager aber am meisten überrascht, das ist die Tatsache, dass sich gerade in der polnischen Jugend dieser Gärungsprozess vollzieht, der Ueberläufer ins deutsche Lager zeitigt. Leider fehlt den Drahtziehern der deutschen Bewegung die Weitsicht, um einem solchen Zulauf vorzubeugen, die strebenden Kräfte reinlich zu scheiden. Und dass dann manches Unglück aus blosser Oppositionslust erfolgt, ist leider nicht zu bestreiten.

Man sieht das „nationale Unglück", ohne dessen Triebkraft zu untersuchen. Tausende von Jugendlichen, die bereits das militärische Alter erreicht haben, sind oft noch nicht einmal einen Tag in fester Beschäftigung gewesen. Die Umgebung zeugt nur von Not und dauernder Arbeitslosigkeit, die Aussicht auf stete Beschäftigung ist auch in aller Zukunft gering und die örtlichen Organisationen auch nicht danach angetan, um den Explosivstoff in der Jugend aufzufangen. So gerät diese Jugend in Bewegung, ohne dass man sich bei ihr selbst Rechenschaft darüber ablegt, wohin dieser Kurs gehen soll. Aber trägt es dazu bei gerade die deutsche Jugend im Sinne der polnischen Staatlichkeit zu erziehen, wenn zum Beispiel schon ein Zeugnis der deutschen Minderheitsschule genügt, um die Aussicht auf eine Lehrlingsstelle zu unterbinden oder die Zugehörigkeit des Vaters zu einer deutschen Organisation, um dem Sohn, in der Hütte oder Fabrik, den Zugang zu einer Beschäftigung zu versperren? Solche Dinge bleiben doch kein Geheimnis, und wie sie dann über den betroffenen Kreis hinauswirken, dessen sind wir Zeugen, die dann eben in dem Verhalten der Jugend ihren Ausdruck finden, sich sogar auf Schüler in einem Ausmass übertragen, wie es kaum zu fassen ist und zu den grössten Sorgen Anlass gibt.

Wer will es nun unterbinden, dass diese Jugend, und oft sind auch recht viele alte Esel dabei, über die Grenze blickt, oft auch Gast drüben ist und nun in sich die Meinung festigt, du musst Dich irgendwie zum Martyrer machen, um zur gegebenen Zeit den heimatlichen Boden von den Füssen zu schütteln und eine Reise ins Ungewisse zu führen.

Schmerzlich, diese Tatsache feststellen zu müssen, aber unserer Meinung nach noch gefährlicher, sie zu verschweigen. Und der Nationalismus auf der einen Seite, mit den Aufmärschen in Uniform, erzeugt Wunsch und Gegenkräfte, die man mit Polizeimassnahmen und Gerichtsurteilen gewiss nicht heilen und am wenigsten beheben wird, im Gegenteil, sie in der Jugend zu immer kräftigerer Opposition treiben muss. Hier wird der staatliche Zwang immer versagen, und jede einseitige Behandlung der Jugend muss ein drohender Faktor werden, den man nicht übersehen sollte, in den Kreisen, die es angeht.

Hier ist ein Erziehungswerk zu leisten, welches in der Familie begonnen werden muss. Aber diese Erziehung darf auch nicht von Strömungen geleitet sein, die schon hier durch manche Massnahme Sturm erzeugt, sondern Hoffnungen auf ein besseres Dasein weckt. Und da sind die Hoffnungen sehr gering, dass in absehbarer Zeit eine Wandlung eintritt, und es besteht leider die Gefahr, dass der Sturm nocht manche Ueberraschungen bringen wird, die man sich sparen könnte, wenn man der Jugend jene Aufmerksamkeit widmen möchte, die ausserhalb der Polizei und des Gerichts liegt. Abwehr gegen Randalieren und Radikalismus ist dringend notwendig, gefährlich ist es aber, sie mit Mitteln zu führen, die sich in der Geschichte als unwirksam erwiesen haben.

Lebendig verschüttet

Tragischer Tod bei der Kabellegung in Rosdzin-Schoppinitz.

Bei den Erdarbeiten zur Kabellegung im neuen Postamt in Rosdzin-Schoppinitz, kam es Sonnabend zu einem tragischen Unfall, der ein Opfer forderte. Gegen mittags geriet ein Teil der Erdmassen in Bewegung und verschüttete den Arbeiter Max Gora aus Schoppinitz, der nach schwierigen Rettungsarbeiten der Feuerwehren von Giesches Erben nur noch als Leiche geborgen werden konnte. Die Erdmassen stürzten aus etwa 6 Meter Höhe und verschütteten den ganzen Umkreis der ausgehobenen Gräben zur Leitungslegung. Der Vorfall rief innerhalb der Bevölkerung die verschiedensten Komentare hervor, das es den Eindruck erweckt, als wenn seitens der Bauleitung nicht die erforderlichen Sicherheitsmassnahmen getroffen. wurden.

„Sozialistische Opposition?"

Neubildung oder Spaltung in der Arbeiterbewegung. — Ein Freudengeheul der Bürgerlichen Presse. — Für grundsätzliche Klärung bestehender Differenzen.

Mit sichtlichem Behagen greift die bürgerliche Presse eine angebliche Spaltung in der polnisch-sozialistischen Partei auf. Sie weiss zu berichten, dass der frühere Sekretär der PPS ein Flugblatt herausgegeben hatte, welches innerhalb der PPS zu einer „sozialistischen Opposition" auffordert und zwar die Beseitigung einiger bisheriger Führer, innerhalb der Gewerkschaften und Partei, herbeizuführen wünscht. Wenn die sozialistische Presse von dem bürgerlichen Sumpf soviel berichten wollte, als es im Interesse der politischen Klärung erforderlich wäre, müsste sie ausschliesslich ihre Spalten mit diesem Dreck ausfüllen. Da wir nun von Politik mehr halten, als im persönlichen Dreck anderer zu wühlen, gehen wir an solche Zeiterscheinungen nur dann heran, wenn man solche Widerlichkeiten nicht mehr umgehen kann. Ob das im Korfantylager, der Nationalen Arbeiterpartei, oder der Sanacja in der polnischen Front ist, oder ob sich solche Erscheinungen innerhalb der Jungdeutschen, der Deutschen Parteien und sogar in der Christlichen Deutschen Volkspartei ist, alle Parteien durchleben heute tiefgehende Wandlungen, von denen auch wir deutsche Sozialisten nicht unberührt bleiben. Nur nehmen wir diese Dinge als marxistisch unabwendbare Erscheinungen im Interesse der Klärung hin und weisen nicht mit dem Finger, „als wenn wir Neger, bessere Leute wären".

Was ist mit der Spaltung in der PPS? Der frühere Sekretär Johann Kawalec hat gegen den Gewerkschaftsführer Croszcz einige schwerwiegende Vorwürfe erhoben, die untersucht werden sollten. Er hat diese Untersuchung nicht abgewartet, sondern ist in verschiedenen Versammlungen mit persönlichen Angriffen aufgetreten, was zur Folge hatte, dass er in seinen Parteifunktionen durch die Centralleitung der PPS verhängt worden ist. Daraufhin veröffentlichte er einen offenen Brief voller Angriffe gegen die Gewerkschaftsführung und wurde aus der Partei ausgeschlossen, nachdem eine Gewerkschaftskonferenz sein Vorgehen entschieden verurteilt hat. Wie immer man zu den Angriffen des Genossen Kawaletz steht, deren teilweise Berechtigung wir nicht leugnen wollen, so müssen wir es von einem führenden Genossen und Funktionär der Partei auf das entschiedenste verurteilen, wenn er mit ruhigen Nerven die Entscheidung der Parteileitung nicht abwarten kann, sondern der politischen Hysterie folgend, den Gegnern das Material gegen die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit liefert, was zwangsläufig zu einer Schwächung der sozialistischen Bewegung führen muss. Und da noch in einer Zeit, wo die Einheitsfront der Proletarier dringender, denn je, ist. Solange gewisse Leute auf bezahlten Posten sitzen, haben sie nichts gegen bestimmte Unsauberkeiten zu sagen, nur wenn der bezahlte Funktionär die Unbill tausender Arbeitslosen teilen muss, entdeckt er die Fehler und wird zum Verräter an seiner eigenen Klasse, die, zu führen, er bisher in hunderten von Versammlungen beteuert hat. Das ist es, was uns von Genossen Kawaletz trennt, dem wir nie eine Wertschätzung versagt haben. Aber höher, als jede Einzelleistung und Verdienste in der Bewegung, steht uns die Arbeiterklasse als solche, Es sind nicht prinzipielle Tatsachen, die eine Rolle in diesem Streit spielen, sondern persönliche Erwägungen, die im Interesse der Gesamtheit zu schweigen haben oder im Kreise der politischen Freunde ausgetragen werden müssen.

Wir wollen dem Genossen Kawaletz nicht unterschieben, dass ihn persönlicher Ehrgeiz treibt. Aber was soll die sozialistische Opposition unbekannter Grössen, wenn er sie als geistiger Führer nicht hat durchsetzen können. Sie kann doch in diesem Zeitpunkt nichts anderes sein, als das Bestreben, irgendwelche Konventikel zu schaffen, eine neue Parteigründung, die doch zwecklos sein muss, weil genügend Konkurrenz in den Nationalsozialisten, bei der „Radikalen Front zur Gesundung Polens" besteht und eine neue Partei nur das Proletariat schwächen muss. Wir wollen nicht in eine breitläufige Diskussion zur „sozialistischen Opposition" eingehen. Wir fragen auch nicht nach Personen, sondern nach dem Programm? Was wollt ihr der Arbeiterklasse mehr bieten, als für uns das sozialistische Programm der Internationale verpflichtet, wollt ihr weiter links, dann bitte zu den Kommuunisten, ganz ehrlich, wollt ihr einen Zwischenweg, entschuldigt, dann ist es ein neuer Betrug an der Arbeiterschaft. Wir glauben, in unseren Reihen ist Raum genug für Euch alle, auch für jede Opposition, wenn sie ehrlich gemeint ist. Fürchtet ihr die sogenannte Demagogie der Führung, kommt ihr gegen sie nicht auf, was wollt ihr als neue „Bonzen"? Bitte, grundsätzlich für die sozialistische Opposition, frei, ohne jeden Hinterhalt, aber in offener Feldschlacht in unseren Reihen, den deutschen und polnischen Sozialisten. Aber fort mit allen Schüssen aus dem Hinterhalt, die nicht für die Arbeiterklasse berechnet sind, sondern nur unserem Gegner nützen müssen. Und dann gestattet schon, wenn wir Euch beim richtigen Namen nennen: Verräter! Auch das muss zuweilen gesagt werden. Nicht aus Angst vor dem, was da kommen soll, sondern aus ehrlicher Ueberzeugung, weil es die sozialistische Klärung bedarf. Entweder Sozialisten oder Kommunisten, jedes Zwischending ist Verrat. Wir hoffen, dass diese sozialistische Opposition diesen Weg nicht gehen will, und dann stehen ihr unsere Reihen zur Mitarbeit offen.

Warum zum Gaudium des Bürgertums eine Spaltung aufzeigen, die nicht werden kann, nicht der Arbeiterschaft nützt, sondern die letzten Reste der sozialistischen Bewegung in eine Apathie versetzen muss. Wir sind für den Vorstoss gegen das Bürgertum, zum neuen Beginnen, für ein sozialistisches Werden gegen alle faschistischen Bestrebungen. Das ist unser Weg, wollt Ihr auch das, dann bitte: Zusammenarbeit, keine Spaltung!

Deutsches Theater Kattowitz

Der Vetter aus Dingsda

Operette in 3 Akten von Eduard Künnecke.

Man scheint sich Künnecke geradezu verschrieben zu haben, aber diesesmal nimmt man es gern hin, weil der „Vetter aus Dingsda" wirklich eine recht muntere Angelegenheit ist, launig und fröhlich in der Handlung und musikalisch nett ausgestaltet, mit ins Ohr gehenden Liedern, wie z. B. „Ich bin nur ein armer Wandergesell und allerhand Fox- und ähnlichen Rhythmen. Wenn man dazu bedenkt, dass dieser „Vetter" schon 1921 das Licht der Welt erblickt hat, so staunt man über seine Quicklebendigkeit und es werden ihm sicher viele volle Häuser beschieden sein.

Die Aufführung konnte sich aber auch wirklich hören und sehen lassen. Fritz Dahm hatte als musikalischer Verantwortlicher für Schmiss u. Tempo gesorgt und liess sein Orchester unermüdlich u. recht frisch aufspielen. Die einzelnen Darsteller erbrachten durchweg hervorragende Leistungen. Herbert Albes, auch Spielleiter, als Kuhbrodt und Lotte Ebert, seine Wilhelmine, waren ein komisches Paar, über das man sich sattlachen konnte. Den Mittelpunkt des Ganzen bildete zweifellos Elfriede Mädler, welche erneut im Hannchen sprühendes Temperament, famose Tanzkunst und eine sympathische Stimme nachweisen konnte. Ihre Urwüchsigkeit, das lebendige Spiel, haben sich im Nu alle Herzen gewonnen. Gerda Pache sang und spielte die Julia mit guter Einfühlung. Arnold Bergemann machte aus der kleinen Rolle des Egon ein Meisterstück, während Alfred Jahn nett sang und seinem „Wandergesell" alle Eigenschaften verlieh, um ihn als Herzenbrecher erscheinen zu lassen. Hans Hümmelink war ebenfalls als richtiggehender Roderich auf seinem Posten. Die beiden Diener waren Prachtexemplare. Ferry Dworak, der die Tanzeinstudierungen besorgt hatte. erbrachte allerhand Schönes, der Batavia-Fox hatte einen Bombererfolg, wie überhaupt mehrere Partieen dreimal wiederholt werden mussten. So stark war der Beifall und so gut amüsierte man sich bei diesem „Vetter aus Dingsda". Haindls Bühnenbilder waren ansprechend. ak.

Die Donnersmark-Direktoren wieder vor Gericht

Die Berufungsverhandlungen vertagt.

Es dürfte noch in aller Erinnerung sein, dass das Gericht in Rybnik die Direktoren Vogt und Buzek wegen Schliessung zweier Gruben der Donnersmarckverwaltung in Rybnik ohne Zustimmung des Demobilmachungskommissars nach vorheriger Verhaftung zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilte. Gegen dieses Urteil von je 6 Monaten Gefängnis und 20 000 Złoty Geldstrafe, haben nun die Direktoren Vogt und Buzek Appellation eingelegt, die am Sonnabend in Rybnik zur Verhandlung kommen sollte. Infolge Krankheit ist Direktor Vogt nicht zur Verhandlung erschienen. Die Verteidigung stellte eine Anzahl Entlastungsanträge, unter anderem eine neue Vernehmung des Demobilmachungskommissars, sowie eines Vertreters der Steuerabteilung der schlesischen Wojewodschaft. Das Gericht stimmte den Anträgen der Verteidigung zu und vertagte die Verhandlungen. Man kann gespannt sein, wie schliesslich die Aktion gegen die Direktoren auslaufen wird.

Arbeitsvertrag und der neue Zivilkodex

Die Kodifikationskommission, die den neuen polnischen Zivilkodex bearbeitet, hat ihre Arbeit über das Kapitel „Arbeitsvertrag" bereits abgeschlossen. Dieses Kapitel enthält Vorschriften, die in dem alten Gesetz nicht enthalten waren. In ihrer allgemeinen Tendenz sind sie für den Arbeitnehmer bedeutend günstiger als bisher. So wird u. a. der Grundsatz aufgestellt, dass niemand gratis arbeiten darf und dass Verträge über Gratisarbeit ungültig sind. In Arbeitgeberkreisen wird diese Bestimmung naturgemäss Widerspruch erregen. Was die Kollektivverträge anbelangt, so wird bestimmt, dass ein solcher Vertrag, wenn sein Erlöschen nicht terminiert ist, 6 Monate vorher gekündigt werden muss. Für individuelle Arbeitsverträge gilt eine zweiwöchentliche Kündigungsfrist für Arbeiter und eine dreimonatliche Kündigungsfrist für geistige Arbeiter. Der Kodex bestimmt, dass individuelle Arbeitsverträge nicht unter ungünstigen Bedingungen für den Arbeitnehmer abgeschlossen werden dürfen, als sie ähnliche Kollektivverträge

enthalten. Es wird ferner bestimmt, dass die Kündigungsfrist für Angestellte, die mindestens 10 Jahre in einem und demselben Unternehmen beschäftigt sind, 6 Monate beträgt. Diese Bedingung gilt auch für Dienstpersonal und Hausbesorger. Für die Zeit der Erkrankung und des Militärdienstes ist der Lohn weiterzuzahlen, eine Bestimmung, die wohl besonders grossen Widerstand in Arbeitgeberkreisen hervorrufen wird. Alle diese, von der Kodifikationskommission vorgeschlagenen, Anträge werden selbstverständlich noch in den Ministerien und Fachorganisationen durchberaten und vor ihrer endgültigen Herausgabe noch vielfache Aenderungen und Abschwächungen erfahren.

Neuer deutscher Schiedsrichter
beim Oberschlesischen Schiedsgericht

Pressemeldungen zufolge, wurde Oberlandesgerichtspräsident Dr. Herwegen-Breslau zum neuen Schiedsrichter des oberschlesischen Schiedsgerichts ernannt. Bei der Amteinführung nahmen, ausser Mitgliedern der Staatsvertretungen und Gerichtsbehörden aus Kattowitz und Beuthen, Präsident Calonder, Vizewojewode Saloni und die Oberbürgermeister beider Städte teil.

Aus Gross-Kattowitz
Die Stadtväter tagten
40000 Złoty für Kartoffelankauf für Arbeitslose. — Endlich Rawaregulierung

In der Freitagssitzung der Stadtverordnetenversammlung kam in erster Linie die Bewilligung von 40 000 Złoty für den Ankauf von Kartoffeln zur Betreuung der Arbeitslosen, zur Sprache, die auch nach kurzer Diskussion erfolgte. Die Rada bestätigte ferner die Zeichnung der Nationalanleihe durch die Stadt und ging, nach Erledigung verschiedener unbedeutender Punkte, zur Bewilligung von 104 500 Złoty für die endgültige Regulierung der Rawa und zwar zum Bau einer Brücke auf der Schlosstrasse, über. Man hat sich zu diesem Schritt entschlossen, nachdem durch die bisherigen Bauten eine wesentliche Verkehrsstörung eingetreten ist. Trotz der langen Zwischenpause, verliefen die Beratungen der Stadtväter ausserordentlich friedlich.

Königshütte und Umgebung
Kartoffelkartenausgabe an die ortsarme Bevölkerung

Alle registrierten Personen, die Rente aus der Landesversicherungsanstalt oder Knappschaft beziehen sowie alle Ortsarme haben sich im Fürsorgeamt des Magistrats im Rathaus zur Empfangnahme der Kartoffelkarten nach folgendem Plan zu stellen: Am Montag, den 30. Oktober mit den Anfangsbuchstaben A—G, am Dienstag, den 31. Oktober H—K, am Donnerstag, den 2. Noverber von L—P, am Freitag, den 3. Noverber von R—Z. Bei der Empfangnahme der Karten sind vorzulegen: die Registrierungskarte, eine Bescheinigung des städtischen Polizeiamtes darüber, ob im Laufe des Jahres eine Veränderung in der Familie eingetreten ist und wie hoch das Einkommen in der ganzen Familie ist. Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen haben sich an demselbem Tage wie die Rentenempfänger im Rathaus, Zimmer 52 zu melden. Hierbei sind vorzulegen die Registrierungskarte und der Rentenbescheid der Landesversicherungsanstalt oder Knappschaft. Zum Empfang der Kartoffelkarten sind berechtigt: alle Personen, die einen eigenen Hausstand führen und deren Einkommen 50 Złoty monatlich nicht übersteigt. Ernährer von Familien von 2 Personen mit einem monatlichen Einkommen bis zu 75 Złoty, Ernährer von Familien von 3—5 Personen mit einem monatlichen Einkommen bis zu 100 Złoty, Ernährer von Familien von 6 Personen und darüber hinaus und mit einem monatlichen Einkommen bis zu 125 Złoty. Leute, die die Möglichkeit haben. sich selbst mit Kartoffeln aus eigener Erzeugung zu versorgen, haben keinen Anspruch auf die Kartoffelkarten. Wer nicht zu den angeführten Terminen erscheint, hat den Anspruch verloren.

Verkehrskartenregelung im November

In der Polizeidirektion an der ulica Gimnazjalna 25, Zimmer 3 werden vom 30. Oktober bis zum 2. November alle Verkehrskarten von Nr. 28001 bis 31000 zur Verlängerung angenommen. Am 4. November Ausgabe von neuen Verkehrskarten. Vom 7. bis 9. November Ausgabe verlängerter Verkehrskarten von Nr. 24001—28000. Am 10. November Annahme von Anträgen für neue Verkehrskarten. Vom 13. bis 16. November Annahme zur Verlängerung von Nr. 31001 bis 35000. Am 18. November Ausgabe von neuen Verkehrskarten. Vom 21. bis 23. November Ausgabe der verlängerten Verkehrskarten von Nr. 28001 bis 31000. Am 24. November Annahme von neuen Verkehrskarten. Vom 27. bis 30. November Annahme zur Verlängerung von Karten von Nr. 35001 bis 39000. Bei der Stellung von Anträgen auf neue Verkehrskarten sind drei Lichtbilder beizulegen. Für die Verlängerung der Verkehrskarten sind an Stempelgebühren für jede Karte 2 Złoty bei Abgabe zu entrichten. Es wird ersucht, sich an die vorgeschriebenen Termine zu halten.

Verlegter Wochenmarkt. Nach einer Mitteilung des städtischen Polizeiamtes, wird der auf den Mittwoch fallende Wochenmarkt, wegen des Feiertages (Allerheiligen) schon am Dienstag, den 31. Oktober abgehalten.

Verlängerte Geschäftszeit. Das städtische Polizeiamt teilt mit, dass am Dienstag, den 31. Oktober die Geschäfte und Verkaufshallen auf Grund der bestehenden Verordnungen und mit Genehmigung des Demobilmachungskommissars ausnahmsweise bis um 20 Uhr offen gehalten werden können. Längeroffenhalten an den anderen Tagen ist nicht erlaubt und wird zur Anzeige gebracht.

Siemianowitz und Umgebung

Um die Kartoffelversorgung der Arbeitslosen und Ortsarmen. Die Abfertigung der zur Inempfangnahme der Bons für Freikartoffeln Berechtigten geht nicht so reibungslos von statten, wie es wünschenswert wäre. Die Leute müssen sehr lange warten, bis sie drankommen und namentlich bei den Ortsarmen wurden, anscheinend versehentlich, verschiedene Personen übergangen, sodass ihre Verhältnisse nachträglich nochmal geprüft werden müssen und diese Leute ihre Bons erst später erhalten werden. Es ist darum notwendig, dass vermeintlich Geschädigte bei den zuständigen Stellen ihre Reklamationen anbringen. Die Kartoffelsendungen sind auch bis dato nicht eingetroffen und die Verteilung hat darum noch nicht begonnen.

Für Besitzer von in Sparprämienanleihe umgetauschter Kriegsanleihe. Die Besitzer von Sparprämienanleihestücken können die Liste der bis jetzt ausgelossten und gezogenen Stücke in der Siemianowitzer Hausbesitzerbank kostenlos einsehen.

Geheimnisvolle Klopflaute. Während der Nächte werden von Einwohnern der Knappikstrasse geheimnisvolle Schläge vernommen, deren Ursache nicht zu erklären ist. Da der Ficinusschacht ausser Betrieb ist, kann das Geräusch vom Grubenabbau nicht herrühren und es besteht die Ansicht, dass dieses Hämmern von in der Nähe befindlichen Biedaschächte herrühren kann. Da allerdings in der Nähe noch keine Schächte gesehen wurden, stehen die betreffenden Bewohner vor einem Rätsel. Hoffentlich gibt es nicht gar Leute, welche die Unverantwortlichkeit haben und in ihrem Keller einen Notschacht aufmachen.

Misshandlung. Bei der Polizei meldete ein gewisser Cierpiol, dass er von zwei Georgshütter Einwohnern U. u. B. auf der Strasse angefallen und blutig geschlagen wurde, weil er angeblich deutsch gesprochen hat. Die Polizei soll den Geschädigten auf den Privatklageweg verwiesen haben.

Bielitz, Biala und Umgebung
An unsere Leser und Abonnenten!

Die Wirtschaftskrise und die grosse Arbeitslosigkeit haben es bewirkt, dass auch die Arbeiterpresse in Mitleidenschaft gezogen wurde, da dieselbe doch nur an die Arbeiterabonennten und Sympathiker angewiesen ist. Die Verteidiger der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung wollen eine Gesundung der Wirtschaftskrise auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung durchführen. Sie bemühen sich alle Lasten auf die wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen. In diesem Bestreben, werden diese Kreise, von den bürgerlichen Zeitungen aller Schatierungen auf das eifrigste unterstützt. Leider gibt es auch Arbeiter, welche den bürgerlichen Demagogen Gehör schenken, und sogar die bürgerliche Presse abonnieren. Ein solches Vorgehen ist für die Arbeitersache höchst verderblich. Der Kampf gegen den morschen Kapitalismus muss auf der ganzen Linie mit allen Mitteln geführt werden.

Als gutes Kampfmittel gilt die Arbeiterpresse, Wenn dieses Kampfmittel wirksam sein soll, muss es von den weitesten Kreisen der Bevölkerung benützt werden. Je grösser die Verbreitung einer Arbeiterzeitung ist, desto grösser ist auch der Einfluss.

In unserem Gebiete vertritt der dreimal wöchentlich erscheinende „Volkswille“ die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Es ist die heiligste Pflicht aller Parteigenossen und aller arbeitenden Stände, Abonnent und Leser des Arbeiterblattes „Volkswille zu sein. Ein Jeder, der sich zum Sozialismus bekennt und gegen die heutige Wirtschaftsordnung ankämpft, dabei aber sein Parteiblatt nicht abonniert, kann als verlässlicher Kämpfer nicht gelten. Das Parteiblatt hat zu den kämpfenden Genossen stets die Treue gehalten, folglich ist es auch die Pflicht aller Genossen treu zu ihrem Parteiblatt zu stehen. Treue um Treue!

Darum Parteigenossen, werdet und werbet Abonnenten des „Volkswille“! Gelesene Nummern werfet nicht weg, sondern verwendet sie wieder zur Werbung neuer Abonnenten.

Die Zeiten sind sehr ernst, darum muss sich die Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln wehren. Darum auf zur Werbearbeit für Partei und Presse!

KAMITZ. (Versammlungsbericht). Der sozialdemokratische Wahlverein „Vorwärts“ in Kamitz berief für Sonntag, den 22. d. Mts. ins Gemeindegasthaus eine Versammlung ein, die von Jugendlichen, sowie von älteren Genossen zahlreich besucht war. Das Referat erstattete Abg. Genosse Dr. Glücksmann, der in seiner einstündigen Rede, besonders auf den volksknechtenden Faschismus hinwies, der speziell die arbeitende Klasse ihrer Rechte und Freiheiten beraubt.

Um die Arbeiterschaft leichter einzufangen, borgt sich der Faschismus vom Sozialismus seine Losungen und sogar den Namen aus, lockt die gedankenlosen Nachläufer mit lügnerischen Versprechungen in sein Lager, um sie dann an die Kapitalisten schmählich zu verraten. Eine ähnliche Rolle spielen in unseram Bezirke die sogenannten Jungdeutschen, die mit nationalistischen Phrasen die Arbeiter und Kleinbauern einzufangen sich bemühen. In Ermangelung eigener Ideen machen sie Anleihen bei den Sozialisten, um damit die Leichtgläubigen zu ködern. Diesem lügnerischen Treiben muss die klassenbewusste Arbeiterschaft energisch entgegentreten. Eine Partei, welche den Klassenkampf verurteilt, dafür aber den Rassenhass predigt, ist eine reaktionäre Partei, welche dem Kapitalismus dient. Nur der Sozialismus kann die arbeitende Menschheit aus dem heutigen Elend befreien.

Nach dem Referat entspann sich eine Debatte, an welcher sich einige Versammlungsteilnehmer beteiligten. In seinem Schlussworte klärte Gen. Dr. Glücksmann die Fragesteller auf, worauf ihm reicher Beifall gespendet wurde.

Gen. Hoffmann als Vorsitzender forderte die Anwesenden zu regerer Anteilnahme an den Parteiveranstaltungen auf, dankte dem Referenten sowie den Erschienenen und schloss die Versammlung nach zweistündiger Dauer mit dem Parteigruss „Freundschaft“.

THEATER-SPIELPLAN.

Dienstag, den 31. Oktober d. J. 8 Uhr abends „Das Land des Lächelns“, Operette von Herzer und Löhner. Musik von Franz Lehar.

Mittwoch, den 1. November 8 Uhr abends ausser Abonnement, zum letzten Male „Hundert Tage“.

Freitag, den 3. November 8 Uhr abends in Serie rot „Das Land des Lächelns“.

Die Mittwoch entfallende Abonnementsvorstellung der Serie blau wird Sonntag, den 5. November 8 Uhr abends nachgetragen. Zur Aufführung kommt „Das Land des Lächelns“.

Arbeitergesangverein „Gleichheit“ Altbielitz

Genannter Verein veranstaltet gemeinsam mit dem Arbeitergesangverein „Freiheit“ in Kamitz, am Sonntag, den 5. November 1933 im Gasthause des Herrn Andreas Schubert in Altbielitz eine

HERBST-LIEDERTAFEL

verbunden mit gesanglichen und deklamatorischen Vorträgen.

Kassaeröffnung um 4 Uhr, Beginn um 5 Uhr nachm. Eintritt im Vorverkauf 99 Groschen. An der Kasse 1,20 Zł. Nach Schluss der Vorträge Tanz. Um zahlreichen Besuch ersucht

Das Festkomitee.

Freie Turnerschaft Nikelsdorf
(Familienabend)

Obiger Verein veranstaltet am Sonntag, den 5. November 1933 in der Restauration des Herrn Genser in Nikelsdorf einen Familien-Abend, zu welchem alle Freunde und Gönner des Vereines herzlichst eingeladen werden. Das reichhaltige Programm umfasst turnerische, sowie theatralische Vorführungen. Anfang ½5 Uhr nachmittags. Eintritt im Vorverkauf 99 Gr., an der Kasse Zł. 1,20. Arbeitslose 50 Gr. Nach Schluss der Vorträge: Tanzkränzchen. Alle Freunde sollten es sich nicht nehmen lassen, die Arbeit der Turner durch zahlreichen Besuch bei diesem Feste zu belohnen.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien. Katowice. Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Raiwa. beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa“, Spółdz. z odp. udz., Katowice